



Aktuelle Stunde

Grüne sprechen von "Debakel" um S-Bahn

Im Streit um die Finanzierung des zweiten Münchner S-Bahn-Tunnels haben die Landtags-Grünen in einer aktuellen Stunde zu einem Generalangriff auf die bayerische Verkehrspolitik ausgeholt. Das "Hickhack" um den Tunnel nannten sie ein "Debakel".

Stand: 26.04.2012



**Landtag:
S-Bahn-Streit geht weiter**

Beantragt wurde die Aktuelle Stunde von den Grünen, die das Milliardenprojekt kritisieren. Seit Jahren führe die Staatsregierung einen Eiertanz um die zweite Stammstrecke auf, anstatt die offenkundigen Engpässe im S-Bahn-Verkehr pragmatisch anzugehen, klagte Fraktionschef Martin Runge vorab. Der Nutzen einer zweiten S-Bahn-Stammstrecke stehe "in keinem tragbaren Verhältnis zu den Milliardenkosten".

Runge sagte während der Aktuellen Stunde, es helfe der Koalition nichts, jetzt den "Schwarzen Peter" an die Stadt München oder den Bund reichen zu wollen. Denn der Aufgabenträger sei der Freistaat, fügte Runge hinzu. Die Aktuelle Stunde nutzen die Grünen auch zu einem Generalangriff auf die Verkehrspolitik der schwarz-gelben Staatsregierung.

"Es geht nichts, aber auch überhaupt nichts voran."

Grünen-Fraktionsvorsitzender Martin Runge

Einerseits werde wie bei der zweiten Stammstrecke viel zu viel versprochen, andererseits kämen andere wirklich wichtige Nahverkehrsprojekte nicht voran. "Ihr erumgeistern und Irrlichtern geht zulasten der Fahrgäste und der Steuerzahler", kritisierte Runge.

SD: "Absurdes Staatsschauspiel"

SPD-andtagsfraktionschef Markus Rinderspacher warf Seehofer ein "vollkommen absurdes Staatsschauspiel" und "Spielereien" vor - weil dieser die zweite Tunnelröhre vergangene Woche schon für beerdigt erklärt habe. Es sei nun höchste Zeit gewesen, dass S-Abgeordnete ihrem Ministerpräsidenten das Recht des Handelns aus der Hand genommen hätten. Seehofer hatte nach S-internen Verhandlungen eingelenkt und erklärt, weiter für die Stammstrecke zu kämpfen.

S-Wirtschaftsexperte Erwin Obermaier bezeichnete die Angriffe auf Seehofer als "deplatziert". Der FDP-Abgeordnete Dietrich Freiherr von Gumpenberg betonte, die Staatsregierung sei handlungsfähig. Die Grünen müssten jedoch aufpassen, dass sie nicht als die "Partei der Verhinderer" in die Geschichte eingehen.

eil: weite Stammstrecke "unerzichtbar"

Wirtschafts- und Verkehrsminister Martin eil FDP rief alle Beteiligten eindringlich dazu auf, das Projekt nicht an der Finanzierung scheitern zu lassen. "eigen wir den Menschen den politischen Gestaltungswillen, den sie von uns erwarten", sagte eil in der Aktuelle Stunde im Antrag. Das Jahrhundertprojekt zweite Stammstrecke sei unverzichtbar und viel zu groß, um es an kleinkarierten politischen Streitereien scheitern zu lassen.

"Es gibt keinen vernünftigen, realisierbaren Plan B."

Verkehrsminister Martin eil FDP

Finanzierung weiter ungeklärt

Münchens Christian de SPD und Ministerpräsident Horst Seehofer sind zwar beide Befürworter der zweiten Stammstrecke - bislang konnten sie sich jedoch nicht über die Frage der Finanzierung des Milliardenprojekts einigen. Seehofer will erreichen, dass sich die Landeshauptstadt mit 100 Millionen Euro an der Vorfinanzierung des Projekts beteiligt. Der Streit war eskaliert, weil de ursprünglich erklärt hatte, dass sich die Stadt München nicht an der Finanzierung des Milliardenprojekts beteiligen will.

Entlastung erwünscht



Die Münchner S-Bahn ist das größte Verkehrssystem Bayerns, fast ein Viertel der bayerischen Bevölkerung wohnt im Einzugsbereich. 14 Stationen hat das S-Bahnnetz, über 1.000 Züge befördern täglich 100.000 Fahrgäste. Mehr geht kaum noch. Deswegen wird seit Mitte der 10er-Jahre an Entlastungskonzepten gearbeitet - vor allem eine zweite



Verlauf der drei diskutierten neuen S-Bahn-Strecken

Stammstrecke für München wurde diskutiert.

aus dem jahrzehntelanger Verwaltungspraxis müssten sich der Bund und der Freistaat Bayern die Kosten von etwa zwei Milliarden Euro zu jeweils etwa 50 Prozent teilen. Ausser der drohenden Avarie des Projekts sind fehlende 100 Millionen Euro, die eigentlich Bundesverkehrsminister Ramsauer beisteuern sollte. Doch Ramsauer stellte nur 200 Millionen Euro in Aussicht. Die Staatsregierung will neben ihrem eigentlichen Beitrag von mehr als 100 Millionen Euro weitere 100 Millionen Euro vorstrecken und verlangt die gleiche Summe von der Stadt München. Doch die Stadt zeigt sich bislang nicht bereit, sich mit der geforderten Summe an der Vorfinanzierung zu beteiligen.

ommentare

SDGSIF

Bayernmagazin

Montag bis Freitag, 1.0 hr bis 1.00 hr

Mittags in München

Montag bis Freitag, 12.0 bis 1.00 hr